

Alfred Kosing

Lenin und die Theorie des Sozialismus (Teil II)

Eckpunkte der Leninschen Sozialismusauffassung*

Der kürzlich 92-jährig verstorbene Philosoph Alfred Kosing unternimmt in seiner von uns veröffentlichten letzten Arbeit den Versuch, Lenins Herangehen an die russischen kapitalistischen Verhältnisse und ihre revolutionäre Überwindung zu rekonstruieren. Im ersten Teil (Z 124, S. 118ff.) ordnete er Lenins Arbeit in die marxistische Theoriegeschichte ein. Er stellte dabei Lenins zentrale Prämisse eines untrennbaren Zusammenhangs von Sozialismus und Demokratie in den Mittelpunkt. Kosing verdeutlichte, wie Lenin in die Auseinandersetzungen um eine mögliche sozialistische Perspektive einer Revolution in Russland eingreift. Die Zuspitzung der Widersprüche im Ersten Weltkrieg, die Entwicklung des Imperialismus und die ungleichmäßige Entwicklung der einzelnen Imperialismen lässt Lenins Überzeugung und theoretische wie praktische Arbeit auf dieses sozialistische Ziel hinwirken, ohne Illusionen über die tatsächliche Widersprüche hinsichtlich der Reife der russischen Verhältnisse zu haben. Kosing behandelte dann die Entwicklung der Leninschen Positionen zwischen seiner Rückkehr aus dem Exil, dem Verkünden der Aprilthesen, dem Verlauf der Revolution im Frühjahr und Sommer 1917 und die Entscheidung für eine Weiterführung der Revolution, die in der Oktoberrevolution gipfelt. Er beschloss den ersten Teil dieses Aufsatzes mit Lenins Einsicht, dass die russische Revolution als Bedingung für ihren Erfolg eine europäische Revolution haben muss. (Red.)

VII Eckpunkte der Leninschen Sozialismusauffassung

1. Die Notwendigkeit einer Übergangsperiode

Die Gegner der sozialistischen Revolution behaupteten damals immer wieder, Lenin wolle den „Sozialismus einführen“, obwohl es dafür keine hinreichenden Voraussetzungen gäbe. Doch Lenin entgegnete, dass es eine absurde Vorstellung sei, den Sozialismus per Dekret einzuführen. Das würde zu einem Chaos und heillosen Durcheinander führen, die Wirtschaft desorganisieren und die normale Versorgung der Bevölkerung gefährden. Vielmehr bedürfe es einer längeren *Übergangsperiode*, in der die erforderlichen Umgestaltungen in allen Bereichen der Gesellschaft schrittweise vollzogen werden. Es werde daher für eine längere Zeit eine Art *Übergangsgesellschaft* existieren, in der neben den Anfängen des Sozialismus noch verschiedene andere Wirtschaftsformen in Konkurrenz miteinander stehen. Zeitweilig könne dabei auch eine Art *Staatskapitalismus* eine Rolle spielen, bis die sozialistische Wirtschaftsform genügend entwickelt sei. Die Übergangsperiode sei daher kein sta-

* Teil I des Beitrags erschien in Z 124 (Dezember 2020), S. 118-127.

tionärer Zustand, sondern ein dynamischer Prozess, an dessen Ende der Sieg der sozialistischen Verhältnisse in allen Bereichen der Gesellschaft stehen müsse. Lenin war sich darüber im Klaren, dass dies eine äußerst schwierige Aufgabe war, die in Russland einen längeren Zeitraum benötigen werde. Das kommt in den folgenden Ausführungen vom Juli 1919 sehr deutlich zum Ausdruck: „Es ist das der Anfang einer Umwälzung, die schwieriger, wesentlicher, radikaler, entscheidender ist als der Sturz der Bourgeoisie, denn das ist ein Sieg über die eigenen Trägheit, die eigenen Undiszipliniertheit, über den kleinbürgerlichen Egoismus, über diese Gewohnheiten, die der fluchbeladene Kapitalismus dem Arbeiter und Bauern als Erbe hinterlassen hat. Erst wenn dieser Sieg verankert sein wird, dann und nur dann wird die neue gesellschaftliche Disziplin, die sozialistische Disziplin geschaffen sein, dann und nur dann wird eine Rückkehr zum Kapitalismus unmöglich, wird der Kommunismus wirklich unbesiegbar werden.“¹ Über die *Zeitspanne*, welche zur Lösung der Aufgaben dieser Übergangsperiode erforderlich sein könnte, hat Lenin sich nicht genauer geäußert. Aber er glaubte – zumindest zeitweise – sogar, dass sie ohne internationale Hilfe kaum zu bewältigen sein werden: „Es ist noch ein weiter Weg, bis wir die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus beendet haben werden. Wir haben niemals die Hoffnung gehegt, dass wir sie ohne Hilfe des internationalen Proletariats beenden könnten“, sagte er auf dem Dritten Sowjetkongress im Januar 1918.² Die Erkenntnis, dass der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus nicht unmittelbar erfolgen kann, sondern im Verlaufe einer Übergangsperiode schrittweise vollzogen werden müsse, ist von *prinzipieller Bedeutung*, denn sie gilt nicht nur für rückständige Länder, sondern auch für hochentwickelte kapitalistische Staaten, wengleich anzunehmen ist, dass sie hier von wesentlich kürzerer Dauer sein kann.

2. Über die Zeitdauer der Errichtung des Sozialismus

Auch über den Zeitraum, der voraussichtlich bis zur *Vollendung der sozialistischen Gesellschaft* benötigt werden könnte, hat Lenin keine genauen Angaben gemacht, denn das wäre angesichts der bisherigen geringen Erfahrungen reine Spekulation gewesen. Doch geht aus allen seinen Äußerungen zu dieser Frage hervor, dass er mit einem relativ *langen Zeitraum* rechnete und vor unerfüllbaren Hoffnungen und Erwartungen warnen wollte. So sagte er in einem Referat am 29. April 1918: „Auch die nächste kommende Generation, die weiter entwickelt sein wird, wird wohl kaum den völligen Übergang zum Sozialismus vollziehen.“³ In ähnlichem Sinne sagte er in einer Rede am 4. Dezember 1919: „Wir wissen, dass wir die sozialistische Ordnung nicht sofort einführen können; gebe Gott, dass unsere Kinder, vielleicht aber erst unsere Enkel die Errichtung des Sozialismus bei uns erleben.“⁴ Man könnte eine Reihe weiterer Äußerungen

¹ W. I. Lenin: Die große Initiative. In: Werke Bd. 29, S. 399.

² W. I. Lenin: Rede auf dem Dritten Gesamtrussischen Sowjetkongress. In: Werke Bd. 26, S. 465.

³ W. I. Lenin: Referat über die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht. In: Werke Bd. 27, S. 291.

⁴ W. I. Lenin: Rede auf dem I. Kongress der landwirtschaftlichen Kommunen und Artels. In: Werke Bd. 30, S. 189.

Lenins anführen, sie alle orientieren darauf, dass die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft eine sehr *langwierige Aufgabe* sein werde. Wie die geschichtlichen Erfahrungen und der Untergang den sozialistischen Ländern später gezeigt haben, hatte er völlig Recht mit seiner Ansicht. Es zeigte sich, dass zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft, die dem Kapitalismus in ökonomischer, sozialer und kultureller Hinsicht überlegen ist, ein noch viel längerer Zeitraum benötigt wird, der wahrscheinlich etwa 150 bis 200 Jahre in Anspruch nehmen könnte, denn diese Überlegenheit muss in einem Wettstreit mit dem kapitalistischen Gesellschaftssystem erreicht werden, dass keineswegs zur Kapitulation bereit ist, sondern alle seine Kräfte mobilisiert, um zu überleben.

3. Der sozialistische Staat: Demokratie und Diktatur

Es gehört zu den Grunderkenntnissen des Marxismus, dass die Arbeiterklasse in ihrer Revolution den bürgerlichen Staat, d.h. die *Diktatur der Bourgeoisie*, beseitigen muss – „zerbrechen“, wie Marx es nannte – und zugleich einen neuen Staat, die *Diktatur des Proletariats*, errichten muss. Gegenüber den Anarchisten, die den Staat sofort abschaffen wollten, vertrat Lenin die Position, dass die Arbeiterklasse nach dem Sieg der Revolution eine starke Staatsmacht benötige: „Das Proletariat braucht die Staatsmacht, eine zentralisierte Organisation der Macht, eine Organisation der Gewalt sowohl zur Unterdrückung des Widerstands der Ausbeuter als auch zur *Leitung* der ungeheuren Masse der Bevölkerung, der Bauernschaft, des Kleinbürgertums, der Halbproletarier, um die sozialistische Wirtschaft ‚in Gang zu bringen‘.“⁵ In der marxistischen Literatur wird in der Regel die Ansicht vertreten, Lenin habe seine Vorstellungen über die Beschaffenheit und die Wirkungsweise dieses sozialistischen Staates in dem Werk „Staat und Revolution“ dargelegt, welches er im Sommer 1917 unmittelbar vor der Oktoberrevolution verfasste. Das trifft allerdings nur teilweise zu, denn diese Arbeit konzentriert sich mehr darauf, die Auffassungen von Marx und Engels präzise darzustellen und nachzuweisen, dass es in jeder echten Revolution darauf ankam, den alten Staat zu „zerbrechen“ und einen neuen Staat zu errichten, was umso mehr für die sozialistische Revolution gilt, als es ihr Ziel ist, Ausbeutung und Klassenherrschaft überhaupt zu beseitigen.

Diktatur versus Demokratie?

Tatsächlich hat Lenin aber wichtige andere Aspekte seiner Staatsauffassung bereits in früheren Arbeiten dargestellt und begründet, so insbesondere das *Verhältnis von Diktatur und Demokratie*. Gegenüber der landläufigen Vorstellung, dass Diktatur und Demokratie einander ausschließen, erklärte Lenin ihren dialektischen Zusammenhang und ihre Wechselwirkung in der Struktur und Funktionsweise des modernen Staates. Die *Staatsmacht* beruht auf der *ökonomischen Macht der herrschenden Klasse*, und diese gründet sich auf das Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln. Daher sind die grundlegenden Interessen der herrschenden Klasse in letzter Instanz immer bestimmend für die Entscheidungen des Staates, die in Gesetzen, Anordnungen und Regelungen zum Ausdruck kommen. Der *Begriff der Diktatur* be-

⁵ W. I. Lenin: Staat und Revolution. In: Werke Bd. 25, S. 416.

zieht sich demnach vor allem auf den *Klassencharakter* des Staates, auf seinen Klasseninhalt und bringt zum Ausdruck, welche Klasse mit ihren Interessen in diesem Staat das „Sagen“ hat, daher ist das Wort „Diktatur“ abgeleitet vom lateinischen „dicere“/„dictare“ = sagen. *Diktatur* bedeutet aber keineswegs Willkürherrschaft eines „Diktators“ oder Gesetzlosigkeit, wie bürgerliche Politiker und Ideologen meist behaupten, um die Begriffe zu verwirren. Der sozialistische Staat ist seinem *Klasseninhalt* nach ebenso eine Diktatur wie der bürgerliche Staat, nur mit dem Unterschied, dass hier die grundlegenden Interessen der Arbeiterklassen und aller werktätigen Schichten das „Sagen“ haben und nicht die der Konzerne und Banken.

Die Diktatur der herrschenden Klasse kann nun – in Abhängigkeit von den geschichtlichen Bedingungen – in sehr verschiedenen *Staatsformen* ausgeübt werden, etwa in der Form einer absoluten Monarchie oder der einer konstitutionellen Monarchie, die bereits eine vermittelnde *politische Organisationsform* wie das *Parlament* kennt, oder auch als Führerherrschaft, wie es in den faschistischen Staaten Italien, Deutschland und Spanien der Fall war. Aber diese Diktatur kann auch in der *Staatsform der Demokratie* mit einem parlamentarischen System in einer mehr vermittelten und verschleierte Form ausgeübt werden, wie es in den meisten bürgerlichen Staaten gegenwärtig der Fall ist.

Lenin hielt die *parlamentarisch-demokratische Staatsform* für eine bedeutende Er rungenschaft der politischen Kultur und bewertete sie positiv, ohne ihre Schwächen und Mängel zu übersehen. Sie hebt zwar nicht den *diktatorischen Charakter der Staatsmacht* auf, vermittelt aber die Ausübung der Herrschaft durch eine *politische Ebene der Demokratie* mit öffentlichen Debatten, mit Einflussmöglichkeiten auf Entscheidungen und auch gewissen Kontrollmöglichkeiten. Daher war Lenin der Meinung, dass die *parlamentarisch-demokratische Republik* mit ihren bürgerlichen Rechten und Freiheiten, die auf dem Gleichheitsprinzip beruhen, den günstigsten Boden für die Organisation der Arbeiterbewegung und ihren Kampf um den Sozialismus bildet. Wenn die in der bürgerlichen Demokratie formulierten Rechte auch überwiegend einen formalen Charakter tragen und unter den Bedingungen des kapitalistischen Klassenherrschaft nur teilweise verwirklicht werden können, ist es doch eine wichtige Aufgabe der Arbeiterklasse, sie zu verteidigen und um ihre möglichst vollständige Realisierung zu kämpfen, denn zum Sozialismus kann die Arbeiterklasse nur auf dem Weg über die Demokratie gelangen. *Sozialismus* ist in der Sicht Lenins identisch mit der *vollständigen Verwirklichung der Demokratie*, denn erst im Sozialismus wird es möglich werden, die nur *formalen* demokratischen Rechte auch *real* zu verwirklichen und zu garantieren. Zugleich sah Lenin im Kampf um die Durchsetzung demokratischer Rechte und Forderungen in der bürgerlichen Demokratie einen wichtigen Weg, um die Arbeiterklasse im Geist des *Demokratismus* zu erziehen. Weil diese Gesichtspunkte in „Staat und Revolution“ keine so große Rolle spielen, sollte das nicht dazu führen, sie außer Betracht zu lassen oder gar völlig zu ignorieren.

Sowjetdemokratie als die überlegenere Demokratie?

Die Tatsache, dass Lenin im Hinblick auf die *Staatsform der Diktatur des Proletariats in Russland* anstelle der parlamentarisch-demokratischen Republik das *Sowjet-*

system favorisierte, also die Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten als eine günstigere Form der Realisierung der Diktatur des Proletariats und der *sozialistischen Demokratie*, bedeutet in keiner Weise, dass er von den demokratischen Überlegungen abrückte. Ganz im Gegenteil war er der Meinung, dass die von den revolutionären Massen spontan geschaffenen Sowjets eine *höhere Form des Demokratismus* darstellen. Unmittelbar im revolutionären Kampf gewählt würden sie die Interessen der arbeitenden Massen besser ausdrücken und verkörpern als ein Parlament mit seinen Berufspolitikern. Da die Sowjets als *revolutionäre Machtorgane* der werktätigen Massen entstanden und mit ihnen eng verbunden waren, hielt er sie schon im Verlauf der ersten Etappe der Revolution von 1917 für die Keimform der neuen revolutionären Macht. Er war überzeugt davon, dass diese *Doppelherrschaft* nicht lange währen könne, da die Sowjets entweder die volle Macht im Staat übernehmen oder aber von der Konterrevolution beseitigt würden. Daher kämpften die Bolschewiki durch ihre intensive Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit darum, die Mehrheit in der revolutionären Massenbewegung zu erringen und auch in den Sowjets durch Wahlen die Führung zu erhalten. Unter ihrer politischen Leitung sollten sie die gesamte Macht übernehmen und auf diese Weise die Diktatur des Proletariats verwirklichen. „Die Macht den Sowjets“ – schrieb Lenin – „das bedeutet die radikale Umgestaltung des ganzen alten Staatsapparats, dieses Bürokratenapparats, der alles Demokratische hemmt, das bedeutet, diesen Apparat zu beseitigen und durch einen neuen, einen Apparat des Volkes, zu ersetzen, d.h. durch den wahrhaft demokratischen Apparat der Sowjets, d. h. der organisierten und bewaffneten Mehrheit des Volkes, der Arbeiter, Soldaten und Bauern, das bedeutet der Mehrheit des Volkes Initiative und Selbständigkeit zu gewähren, nicht nur bei der Wahl von Deputierten, sondern auch bei der Verwaltung des Staates, bei der Durchführung der Reformen und Umgestaltungen.“⁶ Der ganze Staatsapparat sollte von unten nach oben stufenweise als ein *System der Sowjets* aufgebaut werden, von den Kommunen und Regionen bis zu den dann entstehenden Republiken und ihrem zur Union vereinigten Gesamtstaat. In allen Ebenen des Sowjetsystems sollten die gewählten Vertreter der Arbeiter, der Bauern und auch der Soldaten alle staatlichen Funktionen ausüben und dabei auch immer stärker die werktätige Bevölkerung einbeziehen. Das Wesen dieses neuen Staates fasste Lenin in der Formel zusammen: Diktatur des Proletariats = sozialistische Demokratie.⁷

Diese grundsätzliche Klärung des *Klassencharakters* und der *Staatsform* gab zwar eine allgemeine Orientierung für den Aufbau des sozialistischen Staates, ließ aber eine ganze Reihe von Detailfragen offen, für die es in der marxistischen Theorie bisher keine Lösung gab. Wodurch sollte die Beamtenbürokratie des zaristischen Staates ersetzt werden? Wie sollte in den Sowjetinstitutionen das Verhältnis von *Legislative* und *Exekutive* gestaltet werden? Welchen Platz sollte die Kommunistische Partei als die führende politische Kraft in diesem

⁶ W. I. Lenin: Eine der Kernfragen der Revolution. In: Werke Bd. 25, S. 380.

⁷ Vgl. „Inhalt der Diktatur des Proletariats (oder, was dasselbe ist, der Sowjetmacht oder der proletarischen Demokratie)“. In: W. I. Lenin: Über die Aufgaben der III. Internationale. In: Werke Bd. 29, S. 504.

Staatssystem einnehmen? Diese und viele andere Probleme bedurften noch einer vertieften Diskussion, wie Lenin sagte.

Braucht der neue Staat Beamte?

Natürlich sollte die Beamtenhierarchie beseitigt werden, die sich dem Volk gegenüber stets als „Obrigkeit“ aufspielte und es kommandierte und oft genug auch schurigelte. Gewählte Vertreter der Werktätigen sollten an ihre Stelle treten. Damit sie keine *privilegierte Schicht* bilden können, sollten sie jederzeit auch wieder abberufbar sein, schlug Lenin nach dem Vorbild der Pariser Kommune vor. „Die uneingeschränkte Wählbarkeit und *jederzeitige* Absetzbarkeit ausnahmslos aller beamteten Personen, die Reduzierung ihrer Gehälter auf den gewöhnlichen ‚Arbeiterlohn‘, diese einfachen und ‚selbstverständlichen‘ demokratischen Maßnahmen, bei denen sich die Interessen der Arbeiter völlig mit denen der Mehrheit der Bauern decken, dienen gleichzeitig als Brücke, die vom Kapitalismus zum Sozialismus führt. Diese Maßnahmen betreffen die staatliche, rein politische Umgestaltung der Gesellschaft, aber sie bekommen vollen Sinn und Bedeutung selbstverständlich erst im Zusammenhang mit der in Verwirklichung oder Vorbereitung begriffenen ‚Expropriation der Expropriateure‘, d. h. mit dem Übergang des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum.“⁸ Doch hatte Lenin nicht die Illusion, dass der sozialistische Staat auf alle ehemaligen Beamten sofort verzichten könne, denn die gewählten Volksvertreter mussten an die ungewohnte Verwaltungsarbeit erst herangeführt werden, um ihre Ämter übernehmen zu können. Daher räumte er ein: „Von einer Vernichtung des Beamtentums mit einem Schlag, überall, restlos, kann keine Rede sein. Das wäre eine Utopie. Aber mit einem Schlag die alte Beamten-maschinerie *zerbrechen* und sofort mit dem Aufbau einer neuen beginnen, die allmählich jegliches Beamtentum überflüssig macht und aufhebt – das ist *keine* Utopie, das lehrt die Erfahrung der Kommune, das ist die direkte, nächstliegende Aufgabe des revolutionären Proletariats.“⁹ Offenbar war Lenin der optimistischen Auffassung, dass perspektivisch alle Arbeiter und Bauern an der Verwaltung der staatlichen Angelegenheiten teilnehmen könnten. Dafür sah er bereits wichtige Voraussetzungen in der modernen kapitalistischen Gesellschaft entstehen: „Die Entwicklung des Kapitalismus schafft ihrerseits die *Voraussetzungen* dafür, dass wirklich ‚alle‘ an der Leitung des Staates teilnehmen *können*. Zu diesen Voraussetzungen gehört die allgemeine Schulbildung, die in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern bereits eingeführt ist, ferner die ‚Schulung und Disziplinierung‘ von Millionen Arbeitern durch den umfassenden, komplizierten vergesellschafteten Apparat der Post, der Eisenbahn, der Großbetriebe, des Großhandels, des Bankwesens usw. usf.“¹⁰ Sicher trifft es zu, dass alle diese Entwicklungen innerhalb der modernen kapitalistischen Gesellschaft dazu beitragen, das allgemeine Bildungsniveau zu erhöhen, doch in Russland war der Bildungsstand immer noch dadurch charakterisiert, dass etwa 75 Prozent der Bevölkerung Analphabeten waren, und insofern waren

⁸ W. I. Lenin: Staat und Revolution. In: Werke Bd. 25, S. 434.

⁹ Ebd., S. 438.

¹⁰ Ebd., S. 487.

diese Überlegungen, zumindest noch für einen langen Zeitraum, ziemlich unreal. Außerdem zeigte sich hier deutlich, dass Lenin damals offenbar eine sehr vereinfachte Vorstellung von der Struktur, den Verflechtungen und den Methoden wie Instrumentarien der Verwaltung und Leitung sowohl der Wirtschaft wie des Staates hatte, was ihn wohl zu derart übertriebenen Erwartungen verleitete. Das geht aus den folgenden Ausführungen recht deutlich hervor: „Alle Bürger werden Angestellte und Arbeiter eines das gesamte Volk umfassenden Staats, syndikats“. Es handelt sich nur darum, dass sie alle gleichermaßen arbeiten, das Maß der Arbeit richtig einhalten und gleichermaßen Lohn bekommen. Die Rechnungsführung und Kontrolle darüber ist durch den Kapitalismus bis zum Äußersten vereinfacht, in außergewöhnlich einfache Operationen verwandelt worden, die zu verrichten jeder des Lesens und Schreibens Kundige imstande ist, er braucht nur zu beaufsichtigen und zu notieren, es genügt, dass er die vier Grundrechnungsarten beherrscht und entsprechende Quitungen ausstellen kann.“¹¹ Ohne diese offensichtlich unrealistischen Überlegungen weiter zu kommentieren, genügt der Hinweis, dass die Planung und Leitung weder der Wirtschaft noch der Gesellschaft selbst in jener Zeit keineswegs auf Abrechnung, Kontrolle und Buchführung beschränkt war. Möglicherweise hängt diese Ansicht damit zusammen, dass viele Sozialisten glaubten, die von Karl Marx im „Kapital“ dargelegten ökonomischen Gesetze der Warenproduktion verlieren mit dem Übergang zum Sozialismus ihre Wirkung, weshalb der Sozialismus auch keine politische Ökonomie benötige, weil nun die Produktion rational geplant werde.

Bürgerlicher Parlamentarismus als Scheindemokratie

Lenins Ablehnung der bürgerliche Parlamentarismus beruhte auch darauf, dass durch seine Mechanismen vorgetäuscht wird, das Volk sei der wahre Souverän, weil schließlich alle Entscheidungen durch Mehrheitsbeschluss der Abgeordneten erfolgen, welche die Repräsentanten des Volkes seien. Doch das ist in Wirklichkeit ein *irreführender Schein*, weil die ökonomisch herrschende Bourgeoisie ihre Interessen mittels vieler Verfahren und Methoden auch im Parlament durchsetzen kann: durch die finanzielle Abhängigkeit der Regierungsparteien, durch die direkte Arbeit ihrer Berater bei der Formulierung von Gesetzen in den Ministerien, durch die Einflussnahme einer riesigen Schar von Lobbyisten auf die Abgeordneten, durch den Fraktionszwang der Parteien, der auf die Abgeordneten ausgeübt wird usw. Aber unabhängig von dieser Verschleierungsfunktion bietet das Parlament allen politischen Parteien die Möglichkeit, ihre Auffassungen und Forderungen in den öffentlichen Debatten zu vertreten und zugleich wirkt es auch als *politische Vermittlungsebene*, in der divergierende Interessen innerhalb der herrschenden Klasse durch Kompromisse beseitigt werden, aber auch bestimmte Interessen der werktätigen Bevölkerung vertreten und mitunter sogar durchgesetzt werden können.

Wenn der sozialistische Staat auf eine demokratische Weise, d.h. mit öffentlichen Debatten, Beratungen und demokratischen Mehrheitsentscheidungen wirken soll, braucht auch er, so Lenin, eine dem Parlament vergleichbare demokratisch gewählte *Repräsentativkörperschaft*: „Ohne Vertretungskörperschaften können wir

¹¹ Ebd., S. 488.

uns eine Demokratie nicht denken, auch die proletarische Demokratie nicht; ohne Parlamentarismus können und *müssen* wir sie uns denken.“¹²

Um den sozialistischen Staat auf der Grundlage der politischen Macht der Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten in der Form einer *demokratischen Sowjetrepublik* umfassend aufzubauen, wäre es erforderlich gewesen, deren Strukturen und Funktionsweisen detaillierter auszuarbeiten und zu installieren. Doch dazu kam es nicht mehr, weil die vereinigte Konterrevolution der zaristischen Generäle und der bürgerlichen Kadetten diese Entwicklung als Reaktion auf die Oktoberrevolution ab November 1917 jäh unterbrach. Daher mussten jetzt alle Kräfte auf die *militärische Verteidigung* der Sowjetmacht konzentriert werden, denn es ging dabei um ihr Überleben.

„*Kriegskommunismus*“

Um alle Ressourcen für die Verteidigung zu mobilisieren, wurde in allen Bereichen der Gesellschaft ein *halbmilitärisches Regime* eingeführt, welches mit diktatorischer Härte durchgriff, von Demokratie und demokratischen Methoden konnte keine Rede mehr sein. Alle Befugnisse über ökonomische, militärische und verwaltungsmäßige Entscheidungen wurden zentralisiert und in wenigen Organen konzentriert. Alle wichtigen Fragen des Staates und der Gesellschaft wurden im *Politbüro der Kommunistischen Partei* beraten, entschieden und mit der Verbindlichkeit von Befehlen rigoros durchgesetzt. Da die Sowjets den damit verbundenen Anforderungen nicht gewachsen waren, mussten in großer Zahl erfahrene Verwaltungsbeamte des zaristischen Staates wieder herangezogen werden, ebenso wie auch für den Aufbau der Roten Armee eine größere Zahl von Offizieren und Unteroffizieren der zaristischen Armee in Dienst gestellt wurden.

Alle Anstrengungen der Gesellschaft wurden den Erfordernissen des Krieges untergeordnet: die gesamte Industrie wurde auf die Produktion militärischer Ausrüstung umgestellt, und die landwirtschaftliche Produktion wurde durch die Ablieferungspflicht der Bauern zur Versorgung der Roten Armee und der Städte eingesetzt. Dieses rein diktatorische Befehlssystem und ein gleichmacherisches Verteilungssystem wurde „*Kriegskommunismus*“ genannt. Es trug wesentlich dazu bei, alle Ressourcen des Landes zu mobilisieren und einzusetzen, so dass die konterrevolutionären Armeen ebenso wie die imperialistischen Interventen besiegt und das Sowjetregime gerettet werden konnte.

Aber eine Folge dieses Geschichtsverlaufs war, dass viele der ursprünglichen Pläne und Vorstellungen über die Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft und besonders des Sowjetstaates als sozialistische Demokratie von der „Macht des Faktischen“ förmlich überrollt wurden. Viele Deformationen und Unzulänglichkeiten, unter denen die spätere Sowjetgesellschaft zu leiden hatte, haben hierin ihren Ursprung. In besonderem Maße trifft dies auf die Entwicklung des States der Diktatur des Proletariats zu, denn die *demokratischen Defizite* sind im Verlauf der gesamten weiteren Entwicklung nicht aufgeholt und beseitigt werden. Eine nicht unwichtige

¹² Ebd., S. 437.

Rolle spielte dabei, dass die Verhältnisse des halb-militärischen Befehlssystems aus der Zeit des Bürgerkriegs das Denken und Verhalten nicht nur der Bevölkerung, sondern auch der politisch aktiven Kräfte und der Funktionäre von Partei und Staat stark geprägt hatten. Undemokratische Strukturen und Verfahren waren zur Gewohnheit geworden, auch weil die Bevölkerung aus der Vergangenheit an Obrigkeitshörigkeit und Befehlston gewöhnt war. Die Sowjets hatten in der Zeit des Bürgerkrieges ihre Bedeutung nahezu völlig eingebüßt, sie wurden nun reaktiviert. Aber sie konnten die ihnen ursprünglich zugeordnete Rolle nicht spielen, auch weil sie inzwischen nur noch als Anhängsel der Leitungen der Parteiorganisationen wirkten und nicht als die eigentlichen Machtorgane der Werktätigen. Auch Lenin bemerkte diesen Missstand und kritisierte ihn häufig, sah aber ein, dass er schwer zu beheben sein würde, denn er war auch eine Folge der durch den Bürgerkrieg verstärkten Kulturlosigkeit. „Dieses niedrige Kulturniveau“ – so Lenin im März 1919 – „bewirkt, dass die Sowjets, die nach ihrem Programm Organe der Verwaltung *durch die Werktätigen* sein sollen, in Wirklichkeit Organe der Verwaltung *für die Werktätigen* sind.“¹³ Aber dieser Zustand hing vor allem auch damit, zusammen, dass es keine klare Unterscheidung zwischen den Aufgaben und Kompetenzen der Parteiorgane und denen der Sowjets als Staatsorganen gab. Nach einer bestimmten Zeit kam Lenin zu der Einsicht, dass dieser Zustand, geändert werden müsse, damit die *Sowjets* ihre eigentliche Aufgabe selbständig erfüllen können. Auf dem XI. Parteitag der KPR (B) im März 1922 erklärte er: „Es hat sich bei uns ein unrichtiges Verhältnis zwischen der Partei und den Sowjetinstitutionen herausgebildet, und diesbezüglich herrscht bei uns volle Einmütigkeit.“¹⁴ Vor dem Parteitag hatte er in dem Plan für sein Referat geschrieben: „Schließlich müssen die Funktionen der Partei (und ihres ZK) und der Sowjetmacht viel genauer voneinander abgegrenzt werden; die Verantwortlichkeit und Selbständigkeit der Sowjetfunktionäre und der Sowjetinstitutionen sind zu erhöhen und der Partei die Gesamtleitung der Arbeit aller Staatsorgane zu überlassen, ohne die gegenwärtige allzu häufige unregelmäßige und oft kleinliche Einmischung.“¹⁵ Doch täuscht Lenin sich in der Annahme, dass sein Vorschlag von allen Mitgliedern des Politbüros unterstützt werde; Stalin schwieg klug wie meist, wenn er mit Lenin nicht übereinstimmte, sondern seine eigenen Pläne hatte. Nach Lenins Ausscheiden aus der aktiven Arbeit dachte er gar nicht daran, diesen äußerst wichtigen Vorschlag zu verwirklichen. Ganz im Gegenteil führte er die Unterordnung der staatlichen Sowjetorgane unter die Partei so weit, dass das *Politbüro* zur eigentlichen Regierung wurde, welches allein die Kompetenz besaß, wichtige Entscheidungen zu treffen. In dem Maße, wie Stalin in der Führung eine weitgehende Alleinherrschaft installieren konnte, bedeutete das praktisch eine Art *Personal-diktatur*, da nun auch das Politbüro nicht mehr als kollektive Führung wirkte, sondern bestenfalls noch als beratendes Organ.

(Teil III erscheint in Z 126, Juni 2021)

¹³ W. I. Lenin: Rede auf dem VIII. Parteitag der KPR. In: Werke Bd. 29, S. 168/169.

¹⁴ W. I. Lenin: Politischer Bericht des ZK an den XI. Parteitag. In: Werke Bd. 33, S. 293.

¹⁵ W. I. Lenin Brief über den Plan für den politischen Bericht. In: Werke Bd. 33, S. 239.